Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Sabine John
sabine.john@kassel.de
Telefon 0561 787 1226
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel
D3.178

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Recht, Sicherheit und
Digitalisierung
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

Guten Tag,

5. Januar 2023
1 von 1

zur **15.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Digitalisierung lade ich ein für

Donnerstag, 12. Januar 2023, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel.

Während der Sitzung sind die allgemeinen Hygieneregelungen einzuhalten, und das Tragen einer medizinischen Maske (OP-Maske oder Schutzmaske FFP2) wird empfohlen.

Tagesordnung:

1. **Interkommunale Zusammenarbeit beim SchülerBAföG mit dem Landkreis Waldeck-Frankenberg**
   Vorlage des Magistrats
   Berichterstatter/in: Bürgermeisterin Ilona Friedrich
   - 101.19.636 -
   (gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen)

2. **Private Anzeigen gegen Falschparker**
   Anfrage Fraktion DIE LINKE
   Berichterstatter/in: Stadtverordnete Jenny Schirmer
   - 101.19.677 -

Freundliche Grüße

Matthias Nölke
1. stellvertretender Vorsitzender

Schrift: Kassel 10 pt, Zeilenabstand: 14 pt, Dateiformat: pdf

Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung

Niederschrift
über die 15. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Digitalisierung
am **Donnerstag, 12. Januar 2023, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Matthias Nölke, 1. stellvertretender Vorsitzender, FDP
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne
Anja Lipschik, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Herr Thomas Volmer)
Dr. Sven Schoeller, Mitglied, B90/Grüne
Esther Kalveram, Mitglied, SPD
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Volker Zeidler, Mitglied, SPD
Christoph Frank, Mitglied, CDU
Jenny Schirmer, Mitglied, DIE LINKE
Michael Werl, Mitglied, AfD

Teilnehmer mit beratender Stimme
Werner Wiegand, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat
Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

Schriftführung
Feyza Tanyeri, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Vera Wilmes, Vorsitzende, CDU
Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI
Hassan Alkhater, Vertreter des Ausländerbeirates
Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Dr. Johannes Kuntze, Rechtsamt
Anja Deiß-Fürst, Sozialamt

Tagesordnung:

1. **Interkommunale Zusammenarbeit beim SchülerBAföG mit dem Landkreis Waldeck-Frankenberg** 101.19.636
2. **Private Anzeigen gegen Falschparker** 101.19.677

1. stellvertretender Vorsitzender Nölke eröffnet die mit der Einladung vom 5. Januar 2023 ordnungsgemäß einberufene 15. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Digitalisierung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit und Tagesordnung fest.

1. Interkommunale Zusammenarbeit beim SchülerBAföG mit dem Landkreis Waldeck-Frankenberg
Vorlage des Magistrats
- 101.19.636 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Interkommunalen Zusammenarbeit der Stadt Kassel mit dem Landkreis Waldeck-Frankenberg für den Aufgabenbereich Ausbildungsförderung (SchülerBAföG) wird zugestimmt."

Stadtrat Stochla und Frau Deiß-Fürst beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Interkommunale Zusammenarbeit beim SchülerBAföG mit dem Landkreis Waldeck-Frankenberg, 101.19.636, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

2. Private Anzeigen gegen Falschparker
Anfrage Fraktion DIE LINKE
- 101.19.677 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele private Anzeigen gegen Falschparker gingen 2020, 2021 und 2022 ein?
2. Wie wird mit ihnen umgegangen?
3. In wievielen Fällen handelte es sich um eine Behinderung der Fußgänger:innen?
4. In wievielen Fällen handelte es sich um eine Behinderung der Radfahrer:innen?
5. In wie vielen Fällen wurde ein Verfahren eingeleitet?
6. Mit welchen Ergebnissen?
7. Wie viele der Anzeigensteller:innen erhielten eine Eingangsbestätigung/ eine Nachricht zum Ergebnis des Verfahrens?
8. Woran kann es liegen, wenn Anzeigensteller:innen keine Eingangsbestätigung erhalten?
9. Wie viele Verfahren gegen Falschparker haben Ordnungsamt bzw. Stadtpolizei in den Jahren 2020, 2021 und 2022 eingeleitet?
10. In wievielen Fällen handelte es sich dabei um eine Behinderung von Fußgänger:innen?
11. In wievielen Fällen handelte es sich dabei um eine Behinderung von Radfahrer:innen?

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder.

1. stellv. Vorsitzende Nölke erklärt die Anfrage für erledigt.

Ende der Sitzung: 17:13 Uhr

Matthias Nölke
1. stellvertretender Vorsitzender

Feyza Tanyeri
Schriftführerin

Vorlage Nr. 101.19.636

31. Oktober 2022

Interkommunale Zusammenarbeit beim SchülerBAföG mit dem Landkreis Waldeck-Frankenberg

Berichterstatter/-in: Bürgermeisterin Ilona Friedrich

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Interkommunalen Zusammenarbeit der Stadt Kassel mit dem Landkreis Waldeck-Frankenberg für den Aufgabenbereich Ausbildungsförderung (SchülerBAföG) wird zugestimmt."

Begründung:

Das Sachgebiet Ausbildungsförderung in der Abteilung Bildung und Teilhabe des Sozialamtes bearbeitet Anträge auf Ausbildungsförderung nach dem BAföG für Schülerinnen und Schüler, Praktikantinnen und Praktikanten und für Studierende der Musikakademie der Stadt Kassel. Die Anzahl der gestellten Anträge ist seit einigen Jahren bundesweit rückläufig. Dieser Trend verstärkte sich weiter im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Für die Ämter für Ausbildungsförderung gestaltet sich die Aufgabenerfüllung insbesondere aufgrund der häufig sehr geringen Fallzahlen zunehmend schwierig. Dies ist insbesondere im ländlichen Raum, wo häufig nur einzelne Mitarbeiter für die Ausbildungsförderung zuständig sind, der Fall. Der Landkreis Waldeck-Frankenberg ist an einer Interkommunalen Zusammenarbeit mit der Stadt Kassel interessiert und beabsichtigt, die im Zusammenhang mit dieser Aufgabe anfallenden Tätigkeiten zum 1. Januar 2023 auf die Stadt Kassel zu übertragen.

Für die Stadt Kassel ergeben sich dadurch Vorteile: Eine qualitative Aufgabenerfüllung (Sicherung von Fachwissen auf dem Gebiet der Ausbildungsförderung) kann durch die Übernahme der Fälle für den Landkreis Waldeck-Frankenberg auch in Vertretungssituationen gewährleistet werden. Zudem kann dadurch der Personalbestand im Sachgebiet Ausbildungsförderung (derzeit 3,25 VZÄ Sachbearbeitung sowie 0,75 VZÄ Sachgebietsleitung) beibehalten werden. Der Landkreis erstattet der Stadt sämtliche durch die Aufgabenerfüllung entstehenden Kosten in vollem Umfang. Zudem ist beabsichtigt, Fördermittel des Landes zu beantragen, die hälftig auf den Landkreis Waldeck-Frankenberg und auf die Stadt Kassel verteilt werden sollen.

Zusätzliche Haushaltsmittel bzw. zusätzliche Stellen im Stellenplan sind nicht erforderlich.

Die Interkommunale Zusammenarbeit bedarf außerdem der Zustimmung des Regierungspräsidiums Kassel. Von dort wurde die Zustimmung zu dem Vorhaben bereits signalisiert.

Der Magistrat hat der Interkommunalen Zusammenarbeit beim SchülerBAföG in seiner Sitzung am 14. November 2022 zugestimmt.

Christian Geselle
Oberbürgermeister

Kassel documenta Stadt

DIE LINKE.
Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3315
info@linksfraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.19.677

1. Dezember 2022

Private Anzeigen gegen Falschparker

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele private Anzeigen gegen Falschparker gingen 2020, 2021 und 2022 ein?
2. Wie wird mit ihnen umgegangen?
3. In wievielen Fällen handelte es sich um eine Behinderung der Fußgänger:innen?
4. In wievielen Fällen handelte es sich um eine Behinderung der Radfahrer:innen?
5. In wie vielen Fällen wurde ein Verfahren eingeleitet?
6. Mit welchen Ergebnissen?
7. Wie viele der Anzeigensteller:innen erhielten eine Eingangsbestätigung/ eine Nachricht zum Ergebnis des Verfahrens?
8. Woran kann es liegen, wenn Anzeigensteller:innen keine Eingangsbestätigung erhalten?
9. Wie viele Verfahren gegen Falschparker haben Ordnungsamt bzw. Stadtpolizei in den Jahren 2020, 2021 und 2022 eingeleitet?
10. In wievielen Fällen handelte es sich dabei um eine Behinderung von Fußgänger:innen?
11. In wievielen Fällen handelte es sich dabei um eine Behinderung von Radfahrer:innen?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Jenny Schirmer

gez. Sabine Leidig
Fraktionsvorsitzende